"Baltische Staaten erklären die Unabhängigkeit von der Sowjetunion" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (22. August 1991)

Quelle: Frankfurter Allgemeiene Zeitung. Zeitung für Deutschland. 22.08.1991, Nr. 194. Frankfurt/Main.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/"baltische_staaten_erklaren_die_unabhangigkeit_von_der_sowjetunion"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_22_august_1991-de-8243d9ea-5b88-4e44-960d-4fe33caf7aa5.html

Publication date: 20/09/2012

Baltische Staaten erklären die Unabhängigkeit von der Sowjetunion

Estland und Lettland folgen Litauen / Moldova: Putsch ein Verbrechen

Das Parlament Estlands hat in Tallinn in der Nacht zum Mittwoch angesichts des Putsches in Moskau die völlige Unabhängigkeit des Landes beschlossen und ist damit dem Vorbild Litauens gefolgt. Am Mittwoch hat auch Lettland seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion offiziell in Kraft gesetzt. Während sowjetische Panzerkolonnen über die Straßen Tallinns rollten und Zehntausende estnischer Bürger überall Barrikaden errichteten, um die Parlaments- und Regierungsgebäude zu schützen, fällte das Parlament nach langer, ernster Debatte, die im estnischen Fernsehen direkt übertragen wurde, ohne Gegenstimme den Beschluß. Dieser ging über die frühere Erklärung vom März hinaus, die die Unabhängigkeit in Verhandlungen mit Moskau erreichen wollte. Der Präsident Estlands, Rüütel, hat mehrfach die Aufforderung des stellvertretenden Kommandeurs des baltischen Militärbezirks zurückgewiesen, die Barrikaden seien abzubauen und die Streik- und Versammlungsverbote der neuen Sowjetführung müßten befolgt werden. Rüütel erklärte das Moskauer Komitee für illegal.

Nachdem sowjetische Truppen den Fernsehturm Tallinns besetzt hatten, brachen am Mittwochmorgen gegen fünf Uhr lokaler Zeit die UKW-Sendungen von Radio Tallinn ab. Vom Rundfunkhaus sind jedoch weiter Mittelwellensendungen zu empfangen. Für den Fall einer Besetzung auch dieser Anlagen sind Sendungen über Stationen im Ausland vorbereitet. Die Bevölkerung wurde darüber informiert. Die Telefonverbindungen mit Tallinn funktionierten am Mittwochnachmittag noch normal. Der estnische Außenminister Meri hält sich seit Montag in Helsinki auf und hat Vollmacht, dort gegebenenfalls als Exilvertreter der Regierung Estlands zu handeln.

Die demokratischen Kräfte in der Sowjetunion müßten die neuen Machthaber stürzen, der Westen könne in der derzeitigen Situation nichts tun. erklärte am Mittwoch vor dem Zusammenbruch des Putsches in Kopenhagen Lettlands Außenminister Jurkans. *„Was wir erleben, ist ein militärischer Staatsstreich von KGB-Männern und orthodoxen Kommunisten“*, sagte Jurkans. Das Schicksal Lettlands sei in den Händen des russischen Präsidenten Jelzin.

Sein estnischer Kollege Meri appellierte in einem Interview an den Westen, Jelzin zu unterstützen, um so die Demokratisierung zu fördern. Über Gorbatschow äußerte er erhebliche Zweifel. Meri erinnerte daran, daß sich die Bevölkerung Russlands bei ihrem Widerstand auf das Vorbild der Menschenmauern in den baltischen Städten berufen habe. Die baltischen Staaten seien zwar klein, aber eine demokratische Hefe in der Sowjetunion.

In Litauens Hauptstadt Vilnius (Wilna) waren in den Morgenstunden keine Soldaten in den Straßen zu sehen. Dort haben Demonstranten die ganze Nacht vor dem Parlament ausgeharrt, um ein militärisches Vorgehen der Armee gegen die Regierung zu verhindern. Über das Vorgehen sowjetischer Truppen gegen die lettische Regierung in Riga lagen widersprüchliche Meldungen vor. Ein Sprecher der lettischen Vertretung in Moskau, Squinsh, teilte mit, sowjetische Truppen hätten die Leibgarde von Ministerpräsident Godmanis entwaffnet und dessen Sicherheitschef verhaftet. Er dementierte Angaben eines Sprechers des lettischen Informationsbüros in Stockholm, auch Godmanis sei verhaftet worden.

Einer etwaigen lettischen Exilregierung soll nach Angaben des finnischen Fernsehens der Parlamentsvorsitzende Ivans vorstehen. Führer einer litauischen Exilregierung solle ein Mitarbeiter des Außenministeriums, Saudargas, sein. Der Regierungschef der Sowjetrepublik Moldova, Muraski, will zum allgemeinen Ungehorsam aufrufen, falls die Rechmäßigkeit der moldauischen Führung in Frage gestellt werde. In einem am Mittwoch veröffentlichten Interview mit der Pariser Zeitung *„Le Figaro“* bezeichnete Murarski das Notstandskomitee in Mosskau als verfassungswidrig. *„Seine Mitglieder haben ein großes Verbrechen am sowjetischen Volk begangen“*, sagte er. Für den entmachteten Gorbatschow forderte zumindest das Recht, sich im Fernsehen zu äußern.

Nach Muraskis Worten muss in der Sowjetunion weiterhin mit der Kommunistischen Partei gerechnet werden. *„Sie ist eine noch sehr mächtige, reaktionäre Kraft und die einzige politische Partei, die sich zu*

den jüngsten Ereignissen noch nicht geäußert hat. Bei uns heißt es Schweigen bedeutet Zustimmung“. Muraski sagte weiter, Panzer umzingelten die moldauische Hauptstadt Chisinau (Kischinjow). Die Bürger hatten begonnen Barrikaden zu errichten.